



Sozialpolitischer Buß- und Bettag

Würde hat ihren Wert Arbeit hat ihren Preis

Materialien für Gottesdienst und
Gemeinde zum Thema
Arbeit und Existenzsicherung

KDA

Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt
Arbeitsgemeinschaft
in der EKD

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser neuen Arbeitshilfe zum Buß- und Betttag greift der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) ein Thema auf, das in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit immer mehr Bedeutung bekommen hat. Der diesjährige Buß- und Betttag bietet deshalb eine gute Möglichkeit, in den Kirchengemeinden und bei vielen anderen Veranstaltungen an die biblischen Aussagen zur Würde des Menschen zu erinnern und die sozialetischen Kriterien der christlichen Tradition in eine öffentliche Debatte einzubringen, in der darüber gestritten wird, welchen Preis Arbeit haben darf und haben soll.

Die biblische Antwort auf die Frage danach, was Arbeit kosten darf, kann in dieser vorrangig unter Effizienzgesichtspunkten geführten Debatte ein kritisches Korrektiv sein. In der Bibel wird nämlich der Grundsatz aufgestellt, dass der Lohn, den Menschen für ihre Arbeit bekommen müssen, so bemessen ist, dass sie und ihre Familie davon leben können und nicht nur überleben. Was das unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen heißt, muss intensiv öffentlich diskutiert werden.

Aufgabe der Kirche ist es, in diese Diskussion biblische und sozialetische Überlegungen einzubringen. Dazu wollen wir mit dieser Arbeitshilfe ermutigen.

Mit der Arbeitshilfe zum Buß- und Betttag 2006 trägt der KDA dazu bei, dass die kirchliche Stimme in einer wichtigen öffentlichen sozialetischen Debatte laut werden kann zum Wohle der einzelnen Menschen und der ganzen Gesellschaft. Wir hoffen, dass durch vielfältige Nutzung in Kirchengemeinden und anderswo dieses Ziel erreicht wird.

Sigrid Reihs

Vorsitzende des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der EKD



Aus dem Inhalt

- 2 Vorwort
- 3 Einladung zur sozialpolitischen Umkehr
- 4 Arm trotz Arbeit
- 6 Schaubilder
- 8 Prekäre Arbeit

Gottesdienstgestaltung

- 10 Bibeltexte für Lesungen und Ansprachen
- 11 Gebete und Lieder
- 14 Predigt zu Offenbarung 3, 14–22
- 17 Alternativer Predigtvorschlag

Einblicke

- 19 Arbeiten im Niedriglohnbereich
- 20 Personennahe Dienstleistungen
- 22 Ein-Euro-Jobs

Ausblicke

- 24 Sozialetische Perspektiven
- 26 Mindestlohn
- 27 Armut überwinden
- 28 Solidarischer Lohn
- 29 Literatur zum Thema
- 30 Internetseiten
- 31 Impressum

Buß- und Bettag

Einladung zur sozialpolitischen Umkehr

Der Buß- und Bettag ist kein gesetzlicher Feiertag mehr. Nach wie vor ist er aber ein kirchlicher Feiertag und zwar mit einer besonderen gesellschaftspolitischen Bedeutung. In der Geschichte wurden Bußtage in schweren Krisenzeiten von der Obrigkeit angeordnet. Dabei ging es vor allem um die Reflexion gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Sie sollten Anstöße zu einer ganzheitlichen Umkehr geben und Schritte in eine friedliche, gerechte Zukunft einleiten. Es waren Tage der gemeinsamen Besinnung und Umkehr, die mit Gebet, Fasten und Nicht-Arbeiten begangen wurden.

Die Abschaffung des Buß- und Bettages als kirchlichen Feiertag haben viele Menschen in der evangelischen Kirche als ein Akt gesellschaftlicher Verantwortung betrachtet. Sie haben damit die Hoffnung verbunden, dass die damit angestrebte Senkung der Lohnnebenkosten zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen würde.

Dieses „Opfer“ ist weitgehend wirkungslos geblieben. Arbeitsplätze wurden und werden weiter abgebaut. Nur noch 39 % der Menschen in Deutschland leben von ihrer Arbeit. Die Zahl derer, die von Arbeitslosengeld II ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, hat in erschreckendem Maße zugenommen. Parallel dazu arbeiten immer mehr Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind arm trotz Arbeit und bedürfen ergänzender staatlicher Unterstützung („working poor“).

Wer hätte gedacht, dass es in einem hoch entwickelten Industrieland jemals Löhne zwischen 3 und 6 Euro geben könnte? Offensichtlich gilt der Grundsatz nicht mehr, dass man von seiner Hände Arbeit leben können muss.

Die Würde des Menschen wird nachrangig. Gefragt ist nur, was sich rechnet. Arbeitskraft und Fähigkeiten werden gemessen an der Marktfähigkeit. Ob jemand davon leben kann, spielt keine Rolle. Eine im wahrsten Sinne des Wortes ver-rückte, eine „verkehrte Welt“! Wie viel

„Erfahrungen der Armut und der Ausgrenzung werden in typischen kirchlichen Diskursen und im kirchlichen Alltag nur selten angesprochen. Deswegen müssen mehr Wege gefunden werden, Erfahrungen der Ausgrenzung in den Kirchengemeinden zum Thema werden zu lassen.“

Gerechte Teilhabe, Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2006

bekommen wir als Kirche davon mit: von Menschen, die keinen Job haben oder sich mehrere suchen müssen? Welche Milieus nehmen wir wahr und ernst?

Der Riss durch die Gesellschaft ist tiefer und breiter geworden. Er ist zu einem Graben geworden. Ein immer größer werdender Teil der Gesellschaft wird von der Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen und öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Anlass genug zum Innehalten, um zur Besinnung zu kommen, wo Umkehr notwendig ist und was Kirche und Kirchengemeinden gemeinsam mit anderen tun können, damit wir gemeinsam den Weg in eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit finden und gestalten.

Mit den Vorschlägen und Materialien für Gottesdienste und andere Veranstaltungen zum Buß- und Bettag wollen wir Anregungen geben, den Bußtag in seiner gesellschafts- und sozialpolitischen Relevanz ernst zu nehmen und Umkehr als einen ganzheitlichen Vorgang zu verstehen. Der biblisch-sozialethische Maßstab, dass „jeder Mensch seine Würde hat und jede Arbeit ihren Preis“, soll in die öffentliche Diskussion eingebracht werden.

Wir laden ein zu einem Buß- und Bettag, von dem Mut und Hoffnung, aber auch konkrete Impulse zur Umkehr ausgehen.



Arm trotz Arbeit

Hans F., 51 Jahre alt, hat seinen gut bezahlten Arbeitsplatz in einem technischen Kaufhaus verloren. Fast ein Jahr lang dreht er überwiegend Däumchen. Er strotzt nur so vor Kraft und Tatendrang. Die Untätigkeit kann er kaum ertragen. Mit Hilfe einer Ich-AG gründet er eine eigene Firma, die Küchen maßgerecht einbaut. Doch er hat nicht genügend Aufträge und die Kunden nur wenig Geld.

Er macht Schulden, weil er die Raten für die Eigentumswohnung von seinen Einkünften nicht zahlen kann. Er hat aber Glück: Er findet schließlich eine neue Stelle. Schichtdienst, 40-Std.-Woche, manchmal unbezahlte Überstunden und ein Lohn, der weit unter dem liegt, was er vorher verdient hat. Nun arbeitet er 60 bis 70 Std. pro Woche, indem er seine Firma weiter nebenbei betreibt, um den Lebensstandard annähernd halten zu können. Wenn man ihm begegnet, wirkt er zufriedener und selbstbewusster als in der Zeit der Arbeitslosigkeit, zugleich aber wirkt er stets abgehetzt und fast wie ein Getriebener.

Vollzeit und mehr arbeiten und doch kaum über die Runden kommen. Man unterscheidet dabei zwischen „Niedriglöhnen“ (zwei Drittel des Medianeinkommens, momentan 2.163,- Euro brutto) und „Armutslöhnen“ (weniger als 50% des Durchschnittseinkommens, zurzeit 1.442,- Euro brutto).

Der Niedriglohnanteil für Gesamtdeutschland liegt bei 22 %, das sind gut sechs Millionen Beschäftigte. Dabei sind Frauen mit 67 % Anteil überproportional häufig vertreten, ebenso von Teilzeitarbeit und Minijobs, die in den vergangenen Jahren im Gegensatz zur sozialversicherungs-

pflichtigen Vollzeitarbeit immer mehr zugenommen haben. Bei den gegenwärtig 6,7 Millionen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (davon 2/3 Frauen) sind Niedriglöhne – unabhängig vom Qualifikationsniveau – besonders häufig anzutreffen, das heißt, in einem Minijob verdient fast jede/r schlecht.

Bereits jetzt arbeiten 2,7 Millionen Vollzeitbeschäftigte zu Armutslöhnen. So liegen beispielsweise im Friseurhandwerk, bei den FloristInnen, dem Bewachungsgewerbe sowie dem Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft die Tarifvergütungen in der untersten Lohngruppe zwischen 4,32 Euro und 5,94 Euro die Stunde. Mit diesen Armutslöhnen erhalten die ArbeitnehmerInnen netto weniger als die Pfändungsfreigrenze von

„Solange es Menschen gibt, die in Armut leben, bleibt ein Überfluss auf der anderen Seite eine permanente Anfrage an eine Gesellschaft. Die zentrale, immer wieder neu zu thematisierende Frage lautet daher: Welche Spreizung zwischen Armut und Reichtum ist in einer Gesellschaft noch angemessen, die sich am Maßstab der gerechten Teilhabe ausrichten möchte?“

Gerechte Teilhabe, Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2006

Ausgewählte Tarifvergütungen unter der Armutsgrenze

Branche	Land/Region	Betrag in Euro
Bäckerhandwerk	Berlin West	6,22
	Berlin/Brandenburg	4,64
Bewachungsgewerbe, Separatwachdienst	Schleswig-Holstein	5,30
	Thüringen	4,32
Einzelhandel	Niedersachsen	6,49
	Mecklenburg-Vorpommern	7,01
Fleischerhandwerk	Nordrhein-Westfalen	6,21
	Sachsen	4,50
Floristik	Baden-Württemberg	5,94
	Sachsen-Anhalt	4,35
Friseurhandwerk	Nordrhein-Westfalen	4,93
	Sachsen	3,06
Gebäudereinigerhandwerk	Hessen	5,80
	Sachsen-Anhalt	3,87
Groß- und Außenhandel	Hessen	7,25
	Sachsen-Anhalt	6,91
Hotel- und Gaststättengewerbe	Nordrhein-Westfalen	5,18
	Sachsen-Anhalt	4,61
Kfz-Handwerk	Schleswig-Holstein	6,28
	Mecklenburg-Vorpommern	4,69
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe	Hamburg	6,49
	Thüringen	5,12
Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen (BZA)	West	7,02
	Ost	6,07
Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ)	West	7,00
	Ost	5,93

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Februar 2006

985,- Euro im Monat. Vergessen werden darf dabei nicht, dass in den genannten Berufen relativ viele effektiv gezahlte Armutslöhne noch deutlich unterhalb der entsprechenden Tarifnorm liegen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass inzwischen mehr als 900.000 Personen Arbeitslosengeld II in Form einer aufstockenden Leistung, zusätzlich zum Lohn, beziehen.

Kombilöhne werden zurzeit als Modell zum Abbau von Arbeitslosigkeit und zur Verhinderung von Armut trotz Arbeit diskutiert. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat sich diesbezüglich mit einem ernüchternden Beitrag zu Wort gemeldet. Eine neue Studie warnt vor allzu großen Erwartungen: Die staatlichen Zuschüsse zu den Kombilöhnen würden Arbeitslosen zwar den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, aber die Beschäftigungswirkung sei unsicher und der Preis, der von den öffentlichen Haushalten zu zahlen sei, hoch.

Viele glauben, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, wenn die Löhne nur niedrig genug sind. Die Realität ist eine andere: Die höchste Arbeitslosigkeit gibt es in den neuen Bundesländern mit den niedrigsten Löhnen. In anderen EU-Ländern gab es hingegen Lohnzuwächse und die Arbeitslosigkeit ging gleichzeitig zurück.

In Deutschland hängen vier von fünf Jobs am heimischen Markt. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die faktische Lohnzurückhaltung haben eine Konsumflaute zur Folge gehabt und wirken gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv. Niedriglöhne haben demzufolge kein „Beschäftigungswunder“ gebracht.

Vor diesem Hintergrund wird die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zum Schutz der Beschäftigten vor „Armut trotz Arbeit“ verständlich. Denn: Von der Arbeit muss man leben können!

> siehe dazu: Grafiken auf Seite 6 und 7

Schaubilder

Auch mit Tarif an der Armutsgrenze

Als tariflich vereinbarten Stundenlohn erhalten ...

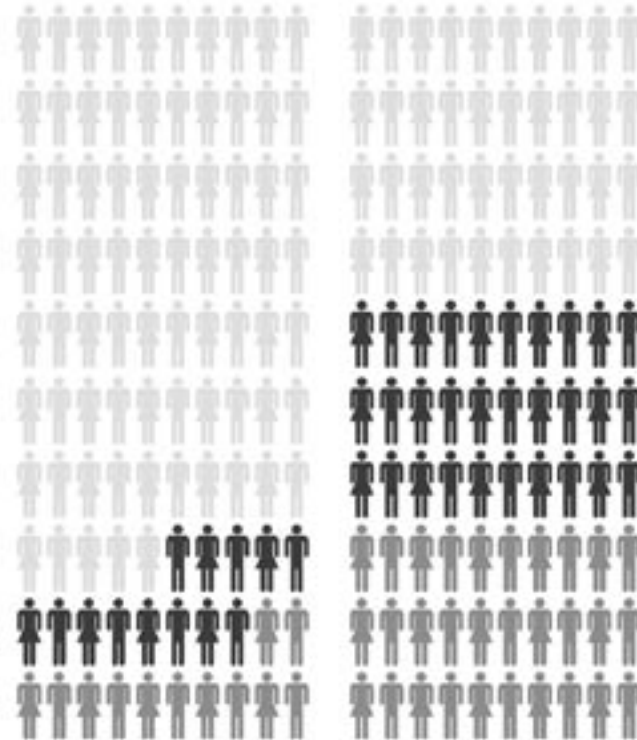
Arzthelfer/innen Ost	6,66 €
Hauswirtschafter/innen Land- und Forstwirtschaft Bayern	7,32 €
Floristen/innen (3. Jahr) Fachbetriebe West ohne Schl.-Holst.	7,75 €
Gebäudereiniger/innen Sachsen-Anhalt	8,24 €
Verkäufer/innen Einzelhandel Niedersachsen	8,59 €
Armutsschwelle 50 % des Durchschnittslohns	8,90 €

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2005; Bruttoentgelte
© Hans-Böckler-Stiftung 2006

Niedrig- und Armutslöhne trotz Vollzeitarbeit nehmen zu

Erwerbstätige WEST

Erwerbstätige OST



- **Niedriglöhne**
(weniger als 2.163 €)
im Osten fast 60 %
im Westen 25 %
- **Armutslöhne**
(weniger als 1.442 €)
im Osten fast 30 %
im Westen 12 %

Quelle: © ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik

Fast alle in Europa haben ihn

Gesetzliche Mindestlöhne pro Stunde in Euro

Großbritannien
ab 1. Oktober 2006
(vorher 7,36 €)



Reallohnentwicklung 1995–2004

Litauen	89,7%
Estland	62,7%
Lettland	53,3%
Tschechien	45,6%
Polen	40,3%
Slowakei	29,3%
Ungarn	25,4%
Schweden	25,4%
Großbritannien	25,2%
Zypern	24,4%
Slowenien	22,0%
Irland	19,4%
Portugal	17,8%
Malta	16,6%
Dänemark	15,6%
Niederlande	11,9%
Luxemburg	10,1%
EU 25	9,9%
Finnland	9,3%
Frankreich	8,4%
EU 15	7,4%
Belgien	6,4%
Spanien	5,4%
Österreich	2,8%
Italien	2,0%
Deutschland	-0,9%

Quelle: Eurostat 2005 / © Hans-Böckler-Stiftung 2005

18 der 25 Mitgliedsländer der EU haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Länder ohne Mindestlohn haben eine hohe Tarifbindung – außer Deutschland: kein Mindestlohn trotz abnehmender Tarifbindung.

Quelle: Eurostat / © ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik, Mindestlohn, April 2006



Quelle: © ver.di Bundesvorstand Bereich Wirtschaftspolitik

← Deutschland ist Schlusslicht



Prekäre Arbeit

und das kirchliche Milieu

Sie ist knapp über 50 und hat einen 16-Stundenjob in einer Kirchengemeinde. Sie war froh, als sie diese Arbeitsstelle nach längerer Arbeitslosigkeit gefunden hat. Es macht ihr auch Freude. Doch es reicht eben nicht, schon gar nicht für die Rente. Also hat sie sich auf die Suche nach einem weiteren Job gemacht. Zwei Discounter hatten Anzeigen für 400-Euro-Jobs geschaltet. 20 bis 30 Wochenstunden stand dabei! Na, ja! „Täglich 13 bis 19 Uhr etwa und samstags 9 bis 16 Uhr“ wird ihr im Gespräch gesagt. „Sie sollten jederzeit abrufbereit sein. Sie müssen flexibel sein.“

Von keiner dieser Arbeitsstellen lässt sich leben. Beide schließen sich gegenseitig aus, von den Anforderungen ganz zu schweigen. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind das, in denen sich Menschen befinden, die zur Kirchengemeinde gehören. Arm trotz Arbeit: Menschen mitten unter uns. Frauen und Männer einer Kirchen-

gemeinde, kirchliche Mitarbeiterinnen. Wer weiß davon? Wer bekommt davon etwas mit in einer Kirchengemeinde? Wie kommt es zur Sprache?

Das Milieu der aktiven, auch in den leitenden Gremien engagierten Kirchenleute und das Milieu vieler anderer Gemeindeglieder haben so gut wie nichts miteinander zu tun. Wir wissen, dass die Kirche angesichts der sozialen Frage im 19. Jahrhundert versagt und den Kontakt zu den Milieus der „ArbeiterInnen“ verloren hat, doch belegt die Analyse der sozialen Milieus, dass daraus keine grundlegenden Konsequenzen gezogen wurden.

Eine neuere kirchliche Milieustudie macht deutlich, weshalb viele Haupt- und Ehrenamtliche in der Kirche geradezu ahnungslos sind, was die prekäre Lebenslage und Arbeitssituation vieler Menschen in ihrer nächsten Nähe angeht.

Die Studie beschreibt sechs Lebensstile, aus der die Kirchenmitglieder mehrheitlich kommen.

1. das konservativ gehobene Milieu, mit einem ausgewählten feinen Lebensstil und einem Interesse an Hochkultur,
2. das gesellig an nachbarschaftlichen Kontakten interessierte Harmoniemilieu.

Diese beiden gehören zumeist zu den so genannten Kernmitgliedern der Evangelischen Kirchengemeinden.

Daneben gibt es

3. das jung-moderne, am Lebensgenuss und an Unabhängigkeit orientierte neue Arbeitnehmer- und Angestelltenmilieu,
4. ein hoch- und jugendkulturell geprägtes links-liberales Milieu,
5. ein jugendkulturell, durch Eigenarbeit geprägtes, an sozialer Integration interessiertes Milieu.

Trotz geringer christlicher Überzeugung ist dies kirchennah.

Und es gibt

6. ein sich zu Hoch- und Jugendkultur distanziert verhaltendes Arbeitermilieu.

„Das sozialetische Leitkriterium hinter der Vorstellung gerechter Teilhabe besteht darin, dass es für jede Person möglich sein muss, die Erfahrung zu machen, für sich selbst und die eigene Familie sorgen zu können. In einer gerechten Gesellschaft ist dies für alle Glieder der Gesellschaft möglich und alle Menschen erfahren dadurch so viel Unterstützung und Hilfe, dass sie vor Armut geschützt sind.“

Gerechte Teilhabe, Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2006

Milieus binden sich aneinander. Sie bleiben tendenziell unter sich. Existenzfragen sozialer oder materieller Natur, Fragen der Arbeitswelt oder gar Arbeitslosigkeit sind in den beiden Milieus, die die Kerngemeinde ausmachen, kaum Gegenstand von Gesprächen.

Was die 50-jährige Frau beschäftigt und umtreibt, die lange Arbeitslosigkeit, die prekäre Lebenslage, die Arbeitsbedingungen bei den Discountern, das wird hier selten kommuniziert, geschweige denn die dahinter stehenden strukturellen Fragen.

Kirchengemeinden tun sich schwer, sich der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Realität zu stellen und sie als eine sozialetische Herausforderung zu anwaltschaftlich solidarischem und prophetischem Handeln zu verstehen. Da gibt es schlicht und einfach einen Graben oder eine Mauer zwischen den Milieus.

Wir müssen hier erst lernen, über die Hecken und Zäune der eigenen Milieus zu blicken und Brücken zu schlagen über die Milieugräben und -mauern hinweg.

Die biblische Sozialetik gebietet es, dafür einzutreten, dass Menschen ein auskömmliches Einkommen haben, um gut leben zu können. Die urchristliche Praxis der Solidarität und der Sorge für einander gebietet es, Zeichen der Solidarität mit Menschen in prekären Arbeits- und Lebenssituationen zu setzen.

Das Überschreiten des Milieugrabens bleibt die eine sozialetische Herausforderung für kirchliches Handeln, gerade vor Ort. Das prophetische Eintreten für eine gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft und öffentlicher Hand dafür, dass jede Arbeit ihren Preis hat und jeder Mensch seine Würde, bleibt die sozialetische Herausforderung für die Kirche als Anwältin für soziale Gerechtigkeit.

Lesungen und Ansprachen

Texte für Ansprachen, Meditationen oder Lesungen

5. Mose 24, 14–16

Den Lohn nicht vorenthalten

Die Erfahrungen der Ausbeutung von Arbeitskraft in der Königszeit und die prophetische Kritik daran haben die Verfassung theologisch begründeter Sozial- und Arbeitslohn-Gesetze veranlasst. Damit wurde ein Standard gesetzt, auf den sich Jesus beim Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg bezog. Eine christliche Sozial- und Arbeitsethik hat hier eine wesentliche Grundlage und eine Orientierung für die aktuellen Diskussionen.

Psalm 90

Das Werk unserer Hände fördern

Luthers Lieblingspsalm, in dem das menschliche Leben aus Mühe und Arbeit als selbstverständlichem Gottesdienst besteht. Das kann Anlass für eine Auseinandersetzung mit dem protestantischen Arbeitsethos geben. Damit ließen sich auch das kirchliche Ehrenamt (für Gotteslohn) und minderbezahlte Jobs rechtfertigen. Daneben gilt es, die schöpferische Schaffenskraft innerhalb des biblischen Arbeitsverständnisses herauszustellen. Der Psalm birgt einen interessanten Spannungsbogen in sich.

Rut 2, 3–8

Ernähren von der eigenen Hände Arbeit

Eine interkulturelle Geschichte gelebter Solidarität unter Frauen, mit einer romantischen Liebesszene auf der Tenne und einem Arbeitgeber, der weiß, dass er seinen ErntearbeiterInnen, ob Einheimische oder Fremde, für ihrer Hände Arbeit so viel schuldet, dass sie davon leben können. Es lohnt sich, mehrere Episoden aus dieser Geschichte aufzugreifen, vorzulesen oder nachzuerzählen.

Jeremia 22,13–19

Weh dem, der seinen Nächsten umsonst arbeiten lässt ... der begeht eine Sünde

und verletzt das Recht. Schärfer kann die Diskussion um menschenwürdige Arbeit und einen gerechten Lohn kaum geführt werden. In diesem Abschnitt wird deutlich: Nicht alle halten sich an gesetzliche Ver-

einbarungen, so auch nicht König Jojakim beim Bau seines Palastes. Daher erhebt Jeremia deutlichen Einspruch. Wogegen muss heute Einspruch erhoben werden?

Matthäus 6, 25–34

Sorgen trotz Arbeit

Während Lilien und Vögel nicht arbeiten, müssen sich Menschen um Essen, Trinken und Kleidung sorgen, auch wenn sie „säen, ernten und in die Scheunen sammeln“. Die existenziellen Sorgen können den Menschen knechten und den Blick darauf versperren, was aus Unmündigkeit und Handlungsunfähigkeit zu befreien vermag. Umkehren und wieder Vertrauen gewinnen auf das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, das kann mit dem Bußtagsgottesdienst vielleicht beginnen.

Matthäus 20, 1–16

Existenzsichernder Tageslohn

ist der Maßstab, an dem sich der Arbeitgeber orientiert. Die sozialgeschichtliche Forschung hat diese Erkenntnis zu Tage gebracht. Das Handeln des Arbeitgebers stößt auf Kritik, weil er gesellschaftlich verantwortlich handelt. Ein deutliches Plädoyer jedoch für einen existenzsichernden Mindestlohn. Ein Text, mit dem sich die Kirche vor Ort in die Diskussion einmischen und die Fragen nach dem gerechten Lohn und menschenwürdiger Arbeit aufwerfen kann.

2. Thessalonicher, 3, 6–15

Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen

Nicht August Bebel, nicht der Arbeitsminister hat diesen Satz erfunden. Er steht in der Bibel. Eigentlich richtet sich der Satz an all jene, die (nur) geistige (Missions-) Arbeit tun und sich von anderen aushalten lassen. Es ist erhellend, hinter die Kulissen und in den Kontext des Zitates zu schauen und dabei die unsägliche Wirkungsgeschichte (Reichsarbeitsdienst) dieses Satzes zu reflektieren. Im Übrigen nötig die heutige Verwendung im maßregelnd sanktionierenden Sinne zur Reflektion des dahinterstehenden Menschenbildes.

Für die Gestaltung und die Mitwirkung bei den Bußtagsgottesdiensten empfiehlt es sich, vor Ort zu Vorbereitungstreffen zusammenzukommen. VertreterInnen fach- und sachkompetenter Organisationen aus Kirche, Diakonie und Gesellschaft sind dabei wichtig, ebenso Menschen, die aus persönlicher Erfahrung berichten können.

Eingangsgebet

mit Hinführung zum Abendmahl

Heute, an Buß- und Betttag,
an dem Tag innerer und äußerer Umkehr,
bitten wir dich, Gott, Zeichen zu setzen
und Wunder zu tun,
dass wir von all unseren Schuldzu-
weisungen ablassen
und jedwedem Gegner ein freier
Gastgeber sind.
Er möge uns von seiner Freiheit
ein Lied singen,
auf dass wir alle gestrigen Vorurteile
außer Kraft
und alle Feindseligkeiten
außer Gefecht setzen.
Er möge uns von seiner großen
zeitlosen Zeit
ein paar Stunden abgeben.
Er möge sich zu uns an den Tisch
setzen und erkennen,

wie sehr wir ihn alle brauchen überall,
auf der ganzen Welt.
Denn wer will uns erlösen von
all unserem weltgeschichtlichen Wahn,
auch von unseren täglichen
Lebenskonflikten?
Er möge sich unser erbarmen
am Tage und in der Nacht.
In der großen Welt und in der kleinen Welt
unseres Alltags,
in den Parlamenten, in den Chefetagen
der Industrie
und in unseren Küchen.
Er möge uns seine Schulter geben,
damit wir uns von Zeit zu Zeit von
Gegenwart
zu Gegenwart an ihn anlehnen können,
getröstet, gestärkt und ermutigt.

Fürbitte

Gott, du Quelle des Lebens und Quelle
der Gerechtigkeit,
wir brauchen dein lebendiges Wasser.
Weck uns auf aus unserer Lethargie und
Resignation.
Mach uns wieder bedürftig und
sehnsüchtig:
Wir gehören oft zu denjenigen, die sagen:
„Ich habe genug und brauche nichts.“
Und denken, das wäre Bescheidenheit.
Aber wir gestehen dir: Es ist oft genug
auch Angst, mir selber einzugestehen,
was ich alles brauche an Zuwendung, an
Verständnis, ja, auch an Menschen, die
mich unterstützen auf meinem Weg.
Wende meinen Blick wieder nach außen.
Gib uns helllichtige Augen des Herzens,
um die Menschen wahrzunehmen,
die es immer schwerer haben, ihren
Lebensalltag zu bewältigen.
Wir bitten dich für Menschen,
die hier bei uns in Armut leben.
Die einen sieht man kaum,
weil sie sich nichts mehr leisten können
und deshalb nirgends mehr hingehen.

Die anderen arbeiten oft bis zu zehn
Stunden und verdienen doch nur so
wenig, dass sie davon mühsam über die
Runden kommen.
Wir bitten dich für all diejenigen,
die psychisch fast daran zerbrechen,
dass sie keine Arbeit mehr finden.
Elend, jämmerlich, arm. Immer mehr
Menschen leben so.
Und das in unserem reichen Land.
Wir bitten dich, lass uns nicht lau sein,
lass uns nicht wegschauen, sondern
mache uns mutig, nach Lösungen
zu suchen, wie wir als Christen mit
anderen zusammen etwas beitragen
können zu mehr Gerechtigkeit.
Lass uns deine Stimme hören und
unsere Tür öffnen –

und so beten wir zu dir:
Vater unser ...

Es ist schwer zu leben

Herr, es ist schwer zu leben,
ohne anerkannt zu werden,
ohne Dank und Anerkennung zu spüren.

Es ist oft niederdrückend,
Tag für Tag eine Arbeit zu verrichten,
auf die andere herabschauen,
die nichts austrägt und die schlecht
bezahlt wird.

Und doch gibt es viele Menschen,
die so existieren müssen, die auf der
Schattenseite des Lebens stehen,
die durch Krankheit und Schicksal
und manchmal auch durch Versagen
und Schuld festgefahren sind,
die nicht zum Zug kommen,
weil sie keine Beachtung finden,
weil sie sich nicht entfalten können.

Herr, du willst nicht, dass dieser
Teufelskreis über uns herrsche.
Du weißt, dass jeder von uns ein Stück
Anerkennung braucht,
um leben zu können und Du gibst es uns.
Aber wir sind meist blind dafür,
wie sehr du uns liebst.
Wir begreifen oft nicht,
dass du uns anerkenntst,
wie kein Mensch es sonst tut.

Aus:
Hans Stock, Bitt- und Dankgebete,
Hamburg 1962

Sei bei uns

Gott,
du hast uns gerufen, die Welt durch
unsere Arbeit mit zu gestalten.
In jedem Menschen steckt die Fähigkeit,
in dieser Welt für Gerechtigkeit,
Frieden und die Bewahrung der
Schöpfung zu wirken.

Sei bei uns,
damit wir die Würde aller Menschen
achten,
damit wir die Menschen,
die mit uns arbeiten, verstehen,
damit wir in deinem Sinn handeln.

Gott,
du hast die Klagen deines Volkes aus
Ägypten gehört.
Wir erleben Ungerechtigkeit in der
Arbeitswelt,
von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen
werden in ihren Entfaltungsmöglichkeiten
eingeschränkt.

Sei bei uns,
damit wir die Menschen nicht nach ihrer
Leistung beurteilen,
damit wir aufstehen gegen Unrecht und
Unterdrückung,
damit wir wie du mit den Benachteiligten
solidarisch sind.

Gott,
am siebenten Tage hast du geruht.
Wir setzen uns ein für ein freies
Wochenende,
damit wir Zeit haben für die Menschen
um uns und zur gemeinsamen Feier.

Sei bei uns,
damit wir Menschen wichtiger nehmen
als Maschinen,
damit wir offen werden für die Menschen
in unserer Umgebung,
damit die Freude an der Fülle des Lebens
an uns sichtbar wird.

Katholische ArbeiterInnenjugend Österreich



Brot und Rosen

G Em Am D

Wir zie-hen durch die Stra- ßen im hel- len Mor-gen- licht, aus

G Em Am D

Kü- chen und Fa- bri- ken ein neu- es Licht an- bricht wie Strah-

G Em Am D

len ei- ner Son- ne, die sich ü- ber uns er- gos-sen. So

G Em C D G

hö- ren sie uns sin- gen: Brot und Ro- sen.

- Wir ziehen durch die Straßen, auch Männern gilt dieses Lied, denn sie sind unsere Kinder, auch sie zieht mit uns mit. In des Lebens kurzer Dauer / wird das Glück nicht mehr verstoßen. Leib, Seele dürsten beide, gebt uns Brot, doch gebt auch Rosen.
- Wir ziehen durch die Straßen / Eine stumme Schar zieht mit von zahllos toten Frauen, ihr Wunsch war Brot und Glück. Nur wenig Kunst und Schönes / hat ihr Leben eingeschlossen. Ja, Brot ist's, das wir fordern, doch wir fordern auch noch Rosen.
- Wir ziehen durch die Straßen, und ein neuer Tag bricht an. Wenn Frauen sich erheben, bricht die Menschheit neu sich Bahn. Nicht Schinderei der Vielen, wo ein paar es faul genossen, nein, alle Schönheit teilen! Brot und Rosen, Brot und Rosen.

Text/Musik: traditionell

Das Lied stammt aus dem Jahr 1912, entstanden bei einem Streik von 14.000 Textilarbeiterinnen in Lawrence, USA. Der Streik richtete sich gegen Hungerlöhne und Kinderarbeit. Bei diesem Streik trugen Frauen ein Transparent mit der Aufschrift: „We want bread and roses, too.“ Das Lied Brot und Rosen wurde zum Motto der amerikanischen und internationalen Frauenbewegung.

Politisches Credo

Wir glauben nicht an die Macht des Geldes, nicht an die Ideologie von Markt, Kapital und grenzenloser Freiheit der Starken und Leistungsfähigen.

Wir glauben an den Menschen, der von Gott geschaffen, geliebt und zur Entfaltung berufen ist, und an seine Würde, die sich Raum verschafft in gerechten und solidarischen Strukturen.

Wir glauben, dass Massenarbeitslosigkeit kein Schicksal ist und Arbeit für alle möglich ist. Dazu bedarf es endlich klarer Prioritäten.

Wir glauben, dass der Sozialstaat auch in Zukunft finanzierbar und durch den politischen Willen gestaltbar ist.

Wir glauben, dass eine völlig andere Steuerreform notwendig ist, die den Faktor Arbeit entlastet, den Umweltverbrauch belastet und Reichtum besteuert.

Wir glauben, dass jetzt eine entschiedene Politik gefordert ist, mit dem Ziel, die Kaufkraft und die Beteiligung der Schwachen (Arbeitslosen, Kranken, Familien) zu forcieren.

Wir glauben, dass es unsere Aufgabe als Kirche heute ist, den Aufschrei der Millionen Arbeitslosen zu hören, zu fühlen und zu verstärken.

Wir glauben, dass es ein Leben vor dem Tod gibt, ein Leben in Fülle, das Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Solidarität und Liebe auf dem ganzen Globus vereint.

Katholische Betriebsseelsorge

Wer Ohren hat, der höre!

Predigt zu Offenbarung 3, 14–22



Liebe Gemeinde!

Jeder Buß- und Betttag ist überschrieben mit einem Vers aus den Sprüchen, in dem es heißt: „*Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.*“ (Sprüche 14,34)

Dieses Jahr scheint das noch aktueller zu sein als sonst. Der Begriff Gerechtigkeit ist einer der am meisten benutzten Begriffe.

In diesen Tagen sucht die EKD-Synode unter dem Thema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ eine protestantische Position, wie Gerechtigkeit heute bei all den Problemen der Arbeitslosigkeit, der wachsenden Armut und des wachsenden Reichtums, der zunehmenden Chancenlosigkeit und der zunehmenden Kaltblütigkeit oder Herzlosigkeit aussehen und definiert werden muss.

In unserem heutigen Predigttext, einem Abschnitt aus den Sendschreiben des Sehers Johannes an sieben Gemeinden in Kleinasien, kommt das Wort Gerechtigkeit nicht vor. Aber wir werden merken, wie auch dieser Text ein Beitrag dazu ist, Gerechtigkeit zu definieren: Gerechtigkeit ist darin zu entdecken, dass Menschen wieder füreinander verantwortlich werden, sich gegenseitig öffnen für ihre Nöte, aber auch für ihre Fähigkeiten.

Wir hören den Brief, der an die Gemeinde in Laodicea geht:

Lesung: Offenbarung 3, 14–22

Schauen wir uns zunächst einmal kurz an, was denn Laodicea für eine Stadt war. Erst dann können wir die Worte aus der Johannesoffenbarung besser verstehen.

Laodicea wurde unter Antiochus dem II. (261–246 v. Chr.) gegründet und nach seiner Frau Laodice benannt. Wichtige Handelswege verbinden sie mit anderen Städten.

„*Das war die reichste Stadt von den sieben, die Stadt der Bankiers, die durch das ganze Reich Handel trieben. Eine göttliche Stadt, sagte man in jenen Tagen, so glänzend war sie angelegt ... Die Stadt war bekannt wegen ihrer prächtigen Wollstoffe und bestickten Gewänder. Es gab dort eine medizinische Schule, in der berühmte Augenärzte praktizierten und lehrten ... Es wurde dort ein so genannter Phrygischer Puder hergestellt, der als Salbe in die Augen gestrichen, wie man glaubte, Blindheit heilte.*“

(Kleijns H. Kron, Der Sturz der Hure Babylon, S. 11).

An die christliche Gemeinde in dieser Stadt werden folgende Worte geschrieben: „Ich kenne deine Werke, dass du weder kalt noch warm bist. Ach, dass du kalt oder warm wärest!“

Ist es eine Kritik an der Gemeinde, die in dieser reichen Stadt nicht eindeutig Stellung bezieht für diejenigen, die an den Segnungen der Kultur und der florierenden Wirtschaft nicht teilhaben können?

„Jeder Mensch hat Würde – unabhängig von Erwerbsarbeit und Leistung. Darum bedarf es einer gerechten Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichem Einkommen.“

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, 2003

Die Angst hat, durch zu viel Kritik selber nicht mehr am Reichtum beteiligt zu werden?

„Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich ausspeien.“

Ich finde dich zum Kotzen, so würde es drastisch in der Umgangssprache heißen. Mit dir kann man nichts anfangen, du bist wachweich und willst nach allen Richtungen offen sein. Aber so kannst du nicht gleichzeitig ein verwurzelter Baum sein, der an den Strömen des Baches der Gerechtigkeit Gottes steht. Und dann wird die Kritik an der Stadt konkret:

„Du sprichst: Ich bin reich und habe genug und brauche nichts!, und weißt nicht, dass du elend und jämmerlich bist, arm, blind und bloß.“

Das klingt fast nach einer aktuellen Beschreibung unserer heutigen Situation. Wer reich ist, der hat genug und braucht nichts.

Die 225 reichsten Menschen auf der Welt haben so viel wie 47 % der Menschheit insgesamt.

Wo liegt die Kritik?

Es ist nicht so sehr die Kritik am Reichtum, sondern vielmehr an der Einstellung: „Ich habe genug und brauche nichts.“ Eigentlich ist doch das gerade das große Stichwort: die Einsicht, dass wir genug haben, die Ökonomie des Genug, Grenzen anzuerkennen, Grenzen des

Wachstums, Grenzen der Ausbeutung der Ressourcen, Grenzen der Belastbarkeit der Mitarbeitenden, Grenzen der grenzenlosen Freiheit. Ist das nicht unsere Richtung, in die wir gesamtgesellschaftlich gehen müssen?

Auf jeden Fall, aber es wird schwierig, wenn sich die Reichen (dazu gehören die Reichen in einer Stadt, in der Gemeinde, aber eben auch wir als reiche Kirche und reiches Land) abschotten und sagen: „Ich habe genug, ich brauche nichts.“

Das bedeutet, sich abzuschotten gegenüber der Situation anderer, die eben nicht „genug“ haben. Das bedeutet, denen den Rücken zuzuwenden, die in vielerlei Hinsicht vieles brauchen: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß; wenn ich die Armut anderer nicht sehe, brauche ich mir darüber auch keine Gedanken machen.

Was ist das für ein reduziertes Menschsein! Sich selber aus der gesellschaftlichen Verflechtung herausziehen und sagen: Ich brauche nichts und niemanden.

Das ist die Ethik, die sich zurzeit immer stärker durchsetzt. „Ich bin mir selbst genug.“

Und die im krassen Gegensatz steht zu einer biblischen Ethik der Gemeinschaft und der gegenseitigen Verantwortung. Darum fällt die Kritik auch so massiv aus:

„Du weißt nicht, dass du (mit dieser Einstellung) elend und jämmerlich bist, arm, blind und bloß.“

Das ist stark! Eine starke Kritik und Provokation, aber auch eine starke Analyse. Die selbst gesuchte Isolation der Reichen ist elend und jämmerlich.

Es geht um Reichtum und Armut – in doppelter Perspektive. Oder vielleicht ist es besser zu sagen: Es geht um einen Wechsel der Perspektive. Denn was jetzt gesagt wird, hört sich zunächst paradox an.

Den Reichen in Laodicea wird als Lebensveränderung gesagt:

Fortsetzung nächste Seite >

„Ich rate dir, dass du Gold von mir kaufst, das im Feuer geläutert ist, damit du reich werdest.“

Das ist eine andere Art von Gold: Das liegt nicht im Tresor und erhöht den eigenen Reichtum und das Konto in der Schweiz, sondern es ist das Gold der Beziehung, das auch „durchs Feuer hindurch“ hält.

„Ich rate dir, dass du weiße Kleider kaufst und sie anziehst und die Schande deiner Blöße nicht offenbar werde.“ Das wird Menschen in der Textilhochburg gesagt, in der prunkvolle und farbige Gewänder gewebt werden.

Weißer Kleider: Damit assoziieren wir Taufe und Hochzeit, also Neubeginn. Noch ist nicht offenbar, was werden wird. Weiß, das ist aber auch die Zusammenfassung aller Farben: Niemand braucht sich nackt zu fühlen, weil er oder sie „die falsche Farbe“ anhat.

„Ich rate dir, Augensalbe zu kaufen, deine Augen zu salben, damit du sehen mögest.“

In feiner Ironie erzählt Johannes von den Reichtümern der Stadt, die es eben nicht als Besitz gibt, sondern als heilende Kräfte, wenn man sie dazu verwendet, auch andere in ihrer Lebens- und Arbeitssituation zu sehen.

Der von außen wahrgenommene Reichtum wird zur Armut, wenn die Reichen sich nicht in gesellschaftlicher Verantwortung verstehen. Dabei geht es nicht um Reichenshelte, sondern es geht um die Verantwortung des Reichtums.

„Welche ich lieb habe, die weise ich zurecht und züchtige ich. So sei nun eifrig und tue Buße.“

Buße zu tun, das bedeutet, die Blickrichtung zu ändern. Das heißt: sich umzudrehen, um Menschen mit wenig Lohn, mit prekären Arbeits- und Lebenssituationen wahrzunehmen und ihre Notlagen sehen.

Den Blick nicht mehr aufs Geld fixieren: Shareholder-Value, Erfolg, Wachstum, steigende Gewinne, hohe Löhne,

sondern auf andere Menschen und ihre Lebenssituation.

Kehr dich um, kehr dich um zum Leben! Und jetzt bekommt der Vers, den wir aus Abendmahlsfeiern so gut kennen, einen klaren Kontext: „Siehe, ich stehe vor der Tür und klopfe an. Wenn jemand meine Stimme hören wird und die Türe aufmacht, zu dem werde ich hineingehen und das Abendmahl mit ihm halten und er mit mir.“

Die Stimme Jesu hat etwas mit „Leben in gemeinsamer Verantwortung“ zu tun – und da schafft er es, Sehnsüchte zu wecken. Denn nicht die Moral verändert die Menschen, sondern die Sehnsucht nach einem erfüllten Leben.

Die Tür muss wieder aufgehen. Der Blick muss wieder nach draußen gehen. Dazu gehört eine Bereitschaft, sich auf andere Denk- und Lebens- und Arbeitskonzepte einzulassen und dabei auch in sich kritische Stimmen zuzulassen, die etwas von der Gerechtigkeit und nicht von der Selbstgenügsamkeit erzählen.

Jesus hebt die Selbstisolation auf, diese unheilige Überzeugung, sich selbst genug sein zu können. Und das Schöne, Jesus ruft jetzt nicht einfach heraus: Hei schau mal, was es außerhalb deines Lebens- und Denkkontextes noch alles für Realitäten gibt. Vielmehr geht Jesus mit den Menschen langsame Schritte, um ihnen eine Veränderung zuzumuten und zuzutrauen.

Er geht in die Abschottung hinein und feiert mit dem, der denkt, er ist sich selbst genug und braucht von nichts und niemandem irgend etwas: Gerade mit ihm feiert er Abendmahl.

Lassen auch wir uns einladen in die Gegenwart Jesu, um zu spüren, wie beim gemeinsamen Feiern Sehnsüchte geweckt werden: Nein, ich bin mir nicht genug!

Amen



Vom befreienden Charme der Gerechtigkeit

Alternativer Predigtvorschlag zu Matthäus 6, 25–34

„Es gibt so wenig Arbeitsstellen, dass man ziemlich gut sein muss, um schlecht verdienen zu dürfen.“ So das bittere Fazit eines 30-jährigen Familienvaters.

Das klingt cool und zynisch. Das kann nur jemand sagen, der oder die weiß, wovon sie oder er spricht. Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter verbirgt sich die persönliche, ganz existenzielle, Sorge darüber, wie man als qualifizierter Mensch mit dem niedrigen Lohn oder Verdienst den ganz normalen Alltag bewältigen soll: Wie die Miete, die Energiekosten, die Schulmaterialien für die Kinder zu bezahlen sind. Dahinter steckt die Sorge, dass die Waschmaschine kaputt gehen könnte oder mit dem Auto etwas passiert.

Die Sorgen sind konkret und sie sind spürbar. Man kann sie nicht wegreden – die Sorgen, die Menschen haben, obwohl sie Arbeit haben. Und: Arbeit zu haben, das ist ja schon was.

Mit „Don't worry, be happy“ kann man da nicht kommen. Angesichts solcher Sorgen liegen die Nerven manchmal ziemlich blank. Verständlicherweise!

Aber sagte nicht Jesus auch in der Bergpredigt:

Sorget nicht, was ihr essen und trinken sollt. Schaut euch die Blumen und die Vögel an. Trachtet nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit. Alles andere wird sich von selbst erledigen.

Also doch: Don't worry, be happy?

Hören wir uns den bekannten Bibeltext einmal genau an:

Lesung: Matthäus 6, 25–34

Essen, Trinken, Kleidung. Darum drehen sich die tagtäglichen Sorgen der Menschen, die Jesus in diesem Abschnitt der Bergpredigt anspricht.

Er kennt ihre Sorgen, denn er lebt mitten unter den Leuten. Er ist ganz nah dran. Und er weiß auch noch mehr von ihnen.

Sie arbeiten. Sie haben Arbeit. Meist in der Landwirtschaft: Sie säen und ernten, sammeln die Früchte in die Scheunen. Sie tun das, was die Pflanzen und Vögel nicht tun. Sie verarbeiten die Wolle. Sie verdienen so viel, dass es gerade so reicht und sie über den Tag kommen. Als Tagelöhner, Landarbeiter, Pächter, als Textilarbeiterinnen.

Viele säen nicht mehr, ernten nicht mehr, spinnen und nähen nicht mehr. Sie haben schlicht keine Arbeit mehr. Da ist es doch allzu verständlich, dass sie sich um ihr Leben sorgen und nicht unbekümmert in den nächsten Tag hineinleben.

Und das können sehr viele Menschen unter uns auch nicht mehr. Nicht nur die, die keine Arbeit haben. Sondern vor allem viele Frauen, die von ihrer Hände Arbeit kein ausreichendes Einkommen haben. Teilweise suchen oder brauchen sie mehrere Jobs.

Fortsetzung nächste Seite >

Darüber reden, davon erzählen, ihre Sorgen aussprechen, das wagen nur wenige. Eigenverantwortung heißt ja ein neues Schlagwort. Also will man andere nicht mit den eigenen Problemen belasten.

Wäre das bekannter, wüssten Nachbarn oder Gemeinden oder gar manch ein Entscheidungsträger von derartigen Lebenslagen, wüssten wir um so manchen Lohn, würden wir uns fragen, wie schaffen die das überhaupt?

Ob es uns wirklich berühren, ob es etwas bewirken würde, nicht nur persönlich, sondern auch strukturell, politisch, ist eine andere Frage.

Der junge Mann aus dem galiläischen Bergland, dessen Vater im Baugewerbe arbeitete – und er wohl lange Zeit auch –, wusste ganz gut um die Sorgen und Nöte der Leute und dass jeder Tag seine eigene Plage hat.

Umso mehr verstand er es, mit den Leuten und ihrer Stimmungslage umzugehen.

Angesichts ihrer Sorge um den nächsten Tag forderte er sie auf, die Blumen auf dem Feld und die Vögel unter dem Himmel anzuschauen. Sie sind für ihn der beste Beweis dafür, dass das Sorgen sinnlos ist und zu keinem Ziel führt.

Mit dem Hinweis auf die Blumen und Vögel leitet Jesus bei seinen Mitmenschen einen ersten Schritt ein. Den Schritt zur Befreiung aus der Gefangenschaft durch die Sorge und Ohnmacht.

Der Hinweis auf das Bild von den Vögeln unterm Himmel löst unbewusst die Assoziation von Freiheit aus. Verbunden mit dem Hinweis auf die Blumen in ihrer bunten Pracht verweist Jesus hier auf ein Bild für die Gegenwirklichkeit zur Tristesse und zur Gefangenschaft durch die Sorge ums Überleben. Sie deuten an: Die von Sorgen durchdrängte Wirklichkeit ist eben nicht die einzig mögliche. Sie ist nicht die ganze Wirklichkeit.

Für Paulo Freire, den brasilianischen Befreiungspädagogen, vollzieht Jesus

hier eine Art Exorzismus. Jesus will die Angesprochenen zu ihrer Selbstbefreiung anregen, zur Selbstbefreiung aus der niederdrückenden Übermacht der Angst und der Sorge ums Dasein, die die Menschen ohnmächtig und apathisch macht.

Der Blick auf die Lilien und Vögel eröffnet einen neuen Horizont auf Lehrerinnen des Vertrauens, die für einen Augenblick den Durchblick in eine längst vergessene, sorgenfreie, gerechte Zukunft ermöglichen.

Jesus erlebt die Menschen, die arm sind, trotz Arbeit, oder aus dem Arbeitsleben herauskatapultiert wurden, als solche, die durch ihre existenziellen Sorgen geknechtet werden. Sie haben es für ihn am Nötigsten, nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit zu trachten.

Es stellt sich jedoch auch die Frage für uns als Christenmenschen, als Kirche: Wonach trachten wir eigentlich noch? Nach Besitzstandswahrung? Nach dem Kerngeschäft?

Würde aber nicht gerade dazu gehören, dass wir die Sorgen der Menschen wahrnehmen und ernst nehmen, die existenziellen Sorgen der doch sehr vielen Menschen, ohne und mit Arbeit? Und gehört nicht auch zum Kerngeschäft, dass wir gerade da hingehen, wo die Menschen leben und arbeiten? Und schulden wir die Vertrauen stiftenden und beflügelnden Bilder nicht besonders den Verlierern der diversen Reformen, den Verlierern der Globalisierung in unserem eigenen Land?

Jesu Hinweis auf die Vögel unterm Himmel und die Lilien auf dem Felde möge unser Vertrauen in Kirche und Gesellschaft stärken, dass mehr möglich ist, als wir Menschen zu glauben wagen, dass Gerechtigkeit ihren Charme behält „wie im Himmel, so auch auf Erden“. In diesem Sinne könnte man dann doch hin und wieder mal vor sich hin pfeifen:

„Don't worry, be happy.“



Habe Arbeit – brauche Geld!

So viel ist sicher, einen Niedriglohnsektor gibt es bereits, der muss nicht erst erfunden werden. Über sechs Millionen Menschen (22 % aller Beschäftigten) arbeiten in unserem Land zu Niedriglöhnen, vor allem im Handel, Dienstleistungsbereich, Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Landwirtschaft sowie bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen und im Reinigungsgewerbe. Arbeitslosigkeit, zunehmend jedoch auch Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungen, führen zu einem wachsenden Armutsrisiko für die Betroffenen. Immer mehr Menschen bleiben langfristig in diesem Sektor hängen, für sie wird er zur „Niedriglohnfalle“ und nicht zum „Sprungbrett“.

Herr B. hat einen Arbeitsplatz als Sicherheitsmitarbeiter einer deutschlandweit agierenden Firma, er verdient 6,57 Euro brutto in der Stunde und dabei hat er noch Glück, weil sein Arbeitgeber Tariflohn zahlt. Er steht in einem kleinen Überwachungsraum im Untergeschoss eines riesigen Parkhauses in der Innenstadt mit tausenden von Stellplätzen, die Luft ist stickig von den Abgasen: „Bei unserer Arbeit muss man Nerven wie Stahlseile haben“, sagt er. Vier Monitore sind an der Wand montiert, drei Telefone und ein Fax können sich auch mal gleichzeitig melden. Eine Frau will am Tresen

ihren Parkschein abstempeln lassen, weil der Automat mal wieder nicht funktioniert.

„Wir haben uns jetzt auf Kurzpausen am Arbeitsplatz geeinigt, weil Pausenvertretungen nicht möglich sind.“

Im Klartext heißt das: Zwölf Stunden im Autogestank durcharbeiten und den Bissen vom Frühstücksbrot schnell runterschlucken, wenn ein Kunde auftaucht.

Höchstens in der Nachtschicht bleibt ein wenig mehr Zeit. Zwanzig Schichten von je zehn Stunden macht er im Monat, viele seiner Kollegen brauchen 23 Schichten, damit sie mit dem Geld klarkommen.

„Urlaub? – Das kann sich hier keiner leisten, die bleiben alle zu Hause.“

„Private Altersvorsorge? – Das ist doch eine Lachnummer! Wenn ich rechne: Ein Auto brauche ich, um zur Arbeit zu kommen, schon wegen der Nachtschichten, das kostet mich allein 250 Euro.“ Sein Kollege fährt regelmäßig 80 km zum Arbeitsplatz.

Dann die Miete als junger Vater und alles andere zum Lebensunterhalt. Sein Chef sagt: „Die Motivation ist schon ein Problem, die Leute bei dem Gehalt bei der Stange zu halten. Da muss man viel tun. Einen Mindestlohn von 7,50 Euro würde ich sehr begrüßen, denn die Kunden, die unsere Dienstleistungen wollen, würden auch mehr zahlen. Es ist ja mehr, dass sie nicht wollen, als dass sie nicht könnten.“



Pflege zum Billigtarif

Ein Beispiel

Sabine Meyer arbeitet gerne mit Menschen. Seit einem Jahr ist sie in einer Diakoniestation als Haus- und Familienpflegehelferin beschäftigt. Sie wäscht die Pflegebedürftigen zu Hause, reicht ihnen das Essen an, wechselt Verbände, kauft ein, räumt die Wohnung auf u. v. m. Die Diakoniestation ist als gGmbH organisiert, ein kirchlicher Träger hat sie outgesourct, um Lohnkosten zu sparen, als die Station zunehmend unter finanziellen Druck geriet.

Sie arbeitet nach einem Haustarif, der ca. 10 % unter dem einer nach BAT bezahlten Mitarbeiterin liegt. Sonderzuwendungen werden als freiwillige Prämien gezahlt, wenn der Jahresabschluss es zulässt. Ihre Kollegin Melanie Schneider ist schon viele Jahre in der Diakoniestation beim alten Anstellungsträger beschäftigt, sie wird nach wie vor nach BAT bezahlt. Seit einigen Wochen arbeitet Erika Müller ebenfalls in der Station als Haus- und Familienpflegehelferin. Sie ist von einer Zeitarbeitsfirma entliehen und bekommt 6,80 Euro Stundenlohn. Von Sonderzuwendungen hat sie noch nie etwas gehört.

Die Arbeit erfordert viel Geduld und Einfühlungsvermögen und bedeutet

oft körperliche Schwerarbeit. Mit viel Idealismus und dem Vorsatz, anderen Menschen helfen zu wollen, die auf Hilfe angewiesen sind, haben alle drei Frauen einmal ihren Dienst aufgenommen. Heute fühlen sie sich oft an Fließbandarbeit erinnert, wenn sie von einer pflegebedürftigen Person zur nächsten hetzen, die Uhr stets im Blick und den engen Zeitplan vor Augen. Für ein Gespräch, ein ermunterndes Wort bleibt da kaum Zeit.

Obwohl aber alle drei Frauen die gleiche Arbeit machen, gibt es nicht den gleichen Lohn. Frau Schneider kommt finanziell zurecht, zusammen mit dem Einkommen ihres Mannes kommt die Familie mit zwei Kindern über die Runden. Frau Meyer kann von dem Einkommen mehr schlecht als recht leben. Frau Müller wünscht sich ein Kind, doch unter diesen Arbeitsbedingungen mit Niedriglohn hat sie nicht den Mut, den Wunsch in die Wirklichkeit umzusetzen.

Eine Drei-Klassen-Gesellschaft in einem Unternehmen, das ist zunehmend betriebliche Realität.

Personennahe Dienstleistungen auf dem Prüfstand

Die Zukunft der Arbeit ist die personennahe Dienstleistung im medizinischen, sozialen und pädagogischen Sektor. Doch was ist uns die Arbeit am Menschen wert?

Personennahe Dienstleistungen werden zum weit überwiegenden Teil von Frauen unter oftmals prekären Arbeitsbedingungen erbracht.

Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) beispielsweise sieht in der untersten Entgeltgruppe ein Einstiegsentgelt von 1.286,- Euro brutto für das Tarifgebiet West und 1.228,- Euro brutto für das Tarifgebiet Ost vor. In dieser Entgeltgruppe sind u. a. Ungelernte in Alten- und Pflegeheimen und in der Gebäudereinigung eingruppiert. Netto liegen diese Löhne unterhalb der Pfändungsfreigrenze von 990,- Euro.

Mini- und Midijobs sind im Bereich der personennahen Dienstleistungen weit verbreitet und überdurchschnittlich häufig von niedrigen Stundenlöhnen betroffen, wenn nicht gar die Regel. Dies ist weitgehend unabhängig vom Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Nicht übersehen werden darf darüber hinaus die Schattenwirtschaft, über deren Ausmaß nur gemutmaßt werden kann: Z. B. betreuen Frauen aus osteuropäischen Ländern Pflegebedürftige für ein Taschengeld plus Unterkunft und Verpflegung, oftmals rund um die Uhr.

Die Altenpflege steckt in einer finanziellen Krise – vor allem dort, wo die Gehälter der Beschäftigten über den Erstattungssätzen der Pflegeversicherung liegen. So überlegt die Region Hannover, ihre Pflegeheime privat zu veräußern, obwohl die untersten Lohngruppen in einem Haustarifvertrag zugunsten einer Beschäftigungssicherung bis 2010 massiv abgesenkt wurden. Es ist für die Region günstiger, die Lohndifferenz bis 2010 auszugleichen, als die Heime weiterhin selbst zu betrei-

ben. Private Anbieter auf dem Markt sind kostengünstiger, weil sie bei den Lohnkosten auf Kosten der Beschäftigten (Frauen) sparen.

Kirche und Diakonie geraten mit ihren Pflegeeinrichtungen ebenfalls zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Auch sie gehen zunehmend dazu über, die Löhne zu senken, die ca. 70 % der Gesamtkosten ausmachen. Nach Erhebungen des Verbandes der Diakonischen Dienstgeber in Deutschland (V3D) erhielten im Jahr 2005 über 20 % der rund 230.000 Beschäftigten auf der Basis von Notlagenregelungen abgesenkte Gehälter.

Von dem größten diakonischen Unternehmen in Bremen wurde die Leiharbeitsfirma Parat gegründet. Neue MitarbeiterInnen werden zurzeit nur noch über Parat eingestellt mit bis zu 30 % niedrigerer Vergütung. Es betrifft v. a. die Bereiche Hauswirtschaft, Küche und Altenpflegekräfte.

Nach wie vor verdienen Frauen im bundesweiten Durchschnitt ca. 30 % weniger als Männer. Dieser Unterschied beruht im Wesentlichen auf der gesellschaftlichen Bewertung der frauenspezifischen Tätigkeiten. Personennahe Dienstleistungen sind überwiegend typische Frauentätigkeiten, die vergleichsweise schlecht bezahlt werden. Eine Aufwertung von typischer Frauenarbeit ist überfällig.

Das Beispiel Schweden zeigt, dass durch den Ausbau der personennahen Dienstleistungen neue, existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse entstehen können, wenn es einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, dass die Solidargemeinschaft dafür die notwendigen Steuern entrichten muss. Vorteil: Ein Leben in Würde für die Erwerbstätigen und DienstleistungsempfängerInnen und darüber hinaus ein Beitrag zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit.

> siehe dazu: Grafik auf Seite 6
Auch mit Tarif an der Armutsgrenze





Ein-Euro-Jobs

Hauptsache Arbeit?

Herr G. ist 46 Jahre alt. Als Kind hatte er die Sonderschule besucht und später nie eine Berufsausbildung gemacht. Er arbeitete 25 Jahre bei der Deutschen Bahn im Ausbesserungswerk als ungelerner Arbeiter. Seit 2001 ist er arbeitslos und bekam außer drei Bewerbungstrainings keine weiteren Angebote von der Agentur für Arbeit.

Zum Glück hat Herr G. einen eigenen großen Garten, in dem er sich körperlich betätigen kann. Aber dennoch fühlte er sich von der Arbeitsgesellschaft ausgestoßen und nicht wertgeschätzt.

Er kam zu uns und bat um Arbeit, er würde auch ehrenamtlich arbeiten. Wir vermittelten ihn in einen Zusatzjob bei einer Kirchengemeinde für den Bereich Grünflächenpflege. Das Gestrüpp auf dem Gelände der Kirchengemeinde und der angrenzenden Kindertagesstätte wucherte seit Jahren. Zusammen mit einem Ingenieur, der ehrenamtlich als Kirchenvorstand arbeitet, machte Herr G. eine erste Bestandsaufnahme. Herr G. zeigte sich als absolut kompetent und sehr zuverlässig. Er arbeitete selbständig alle besprochenen Projekte ab. Gerade dieses selbständige Arbeiten und das Eingebundensein in der Mitarbeiterschaft der

Gemeinde, das positive Feedback, trug sehr zu einer Erhöhung des Selbstwertgefühls von Herrn G. bei. Nach einem Jahr in dem Zusatzjob hat Herr G. verinnerlicht, dass er über berufliche Kompetenzen verfügt und zuverlässig und selbständig arbeiten kann, auch ohne formale Qualifikation.

Da Herr G. noch unter 50 Jahre alt ist, kann die ARGE als zuständige Bewilligungsbehörde den Zusatzjob nicht verlängern. Die Kirchengemeinde bedauert es sehr, dass sie Herrn G. nicht als Mitarbeiter übernehmen kann, da die finanziellen Mittel fehlen. Für Menschen wie Herr G. fehlen einfache Arbeitsplätze, für die keine formale Qualifikation erforderlich ist. Für ihn wird jetzt ein Betrieb im Bereich Garten- und Landschaftsbau gesucht, der bereit ist, ihn im Rahmen einer ABM einzustellen.

Qualifizierung
von Ein-Euro-
Jobbern

Erfahrungen im Stadtkirchenverband Hannover

Beziehern von Arbeitslosengeld II können von den Arbeitsgemeinschaften gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten (AGH, so genannte Ein-Euro-Jobs) angeboten werden. Die eingesetzten Langzeitarbeitslosen erhalten dann neben der Grundsicherung und den Miet- und Energiekosten bis zu 130 Euro plus Fahrtkosten zusätzlich. Eine allein Erziehende kommt dann auf ca. 1.200 Euro netto, ein Single kommt auf ca. 900 Euro im Monat in einer AGH mit 30 Std./Woche.s

Eine AGH begründet kein Arbeitsverhältnis, sondern ist wie eine praxisnahe Trainingsmaßnahme angelegt. Die TeilnehmerInnen dürfen nur zusätzliche und gemeinnützige Tätigkeiten verrichten, die nicht zuvor durch angestellte Mitarbeiter durchgeführt wurden oder die der Rechtspflicht unterliegen. Das Ziel der AGHs ist, die TeilnehmerInnen sozial zu stabilisieren, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten oder wieder herzustellen und die Arbeitsbereitschaft festzustellen.

Unsere Erfahrungen mit den TeilnehmerInnen sind durchweg positiv. Sie sind in der Mehrzahl hoch motiviert, wollen arbeiten, gestalten, sich einbringen. Viele melden sich freiwillig und fragen nach einem Zusatzjob. Bei TeilnehmerInnen, die anfangs sehr skeptisch waren, ändert sich die Motivationslage nach Beginn der AGH sehr schnell. Als bedauerlich empfinden sie es, dass sie die Tätigkeiten nicht als „richtige“ (sozialversicherungspflichtige) Arbeit ausüben dürfen.

In der AGH beweisen die TeilnehmerInnen, dass sie in der Lage sind, regelmäßig, zuverlässig und pünktlich zu arbeiten. Sie erfahren Kontakt zu Kollegen und Vorgesetzten. Sie lernen, ihren Alltag so zu regeln und zu strukturieren, dass sie

15 bis 30 Stunden pro Woche Beschäftigung bewerkstelligen können. Gerade bei länger andauernder Arbeitslosigkeit geht das Gefühl für Zeitstruktur oft verloren, ein realistisches Zeitmanagement muss erst wieder erlernt werden. Die TeilnehmerInnen lernen in den meisten Fällen auch tätigkeitspezifische Fertigkeiten.

Durchweg können wir eine Steigerung des Selbstwertgefühls der TeilnehmerInnen feststellen, was sich positiv auf die Arbeitssuche und den Bewerbungsprozess auswirkt. Durch die positive Selbstbestärkung in der AGH werden viele TeilnehmerInnen wieder aktiver, recherchieren zielgerichteter, schreiben mehr Initiativbewerbungen, entdecken mitunter Nischen, die sie als Selbstständige nutzen können.

Viele TeilnehmerInnen möchten nach Ende der Zuweisungsdauer (in der Regel 6 Monate) weiter eingesetzt werden. Da die meisten Einsatzstellen Dienstleistungen am Menschen beinhalten, wo eine tragfähige Beziehung aufgebaut werden muss, wäre es sinnvoll, die Zuweisungsdauer auf 12 Monate zu erhöhen. Dadurch würden sich positive Veränderungen bei den TeilnehmerInnen auch besser festigen können.

Ein großes Problem ist, dass die meisten TeilnehmerInnen nach der AGH wieder in die Arbeitslosigkeit gehen müssen. Für die meisten ist es eine schmerzhaft Erfahrung, nach der positiven Erfahrung in der AGH wieder in die „Sinnlosigkeit“ entlassen zu werden.

Da der erste Arbeitsmarkt für bestimmte Gruppen (Ältere, gering Qualifizierte) nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und andererseits soziale Dienstleistungen am Menschen vor allem in prekären Beschäftigungsverhältnissen erbracht werden, sollte über die Schaffung eines öffentlich geförderten Dienstleistungssektors nachgedacht werden. Beispiel: Die öffentlichen Aufwendungen einer AGH, aufgestockt mit Mitteln des Maßnahmeträgers, ergäben schon ein existenzsicherndes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt.

Tilmann Lucius, Projektleiter AGHs
im Stadtkirchenverband Hannover



Von Arbeit muss man leben können

Biblische und sozialetische Perspektiven

Superflex und Spider Mum, so heißen zwei von insgesamt ca. 30 prekären Superhelden, die als Comicfiguren verkleidet neulich in einen Hamburger Delikatessen-Supermarkt eingefallen sind, um anschließend ihre wohl-schmeckende Beute an Putzfrauen in der Uni, 1-Euro-Jobber, Praktikanten und andere ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu verteilen. Die beiden arbeiten, wie die Empfängerinnen der Delikatessen auch, in so genannten prekären Jobs, als Studentin, Gelegenheits- und Mehrfach-Jobber, als Honorarlehrer. Superflex und Spider Mum machen mit ihren fantasievollen Aktionen auf prekäre Arbeitsverhältnisse öffentlich aufmerksam und sie machen sich stark für ein gutes Leben.

Seit der industriellen Revolution schlägt sich der individuelle und gesellschaftliche Wert der Arbeit und ihre Menschenwürdigkeit in Geld bzw. im Lohn und in der Höhe des Lohns nieder. Damit wurde und wird Arbeit zur Ware reduziert.

Der biblische Befund zum Verhältnis von Arbeit und Lohn und der damit verbundenen Teilhabe am Leben weist in eine Richtung, die für das kirchliche Reden und Handeln eine sozialetische Richtschnur sein kann.

Die Fronarbeit in Ägypten war die Grunderfahrung des Volkes Israel im Blick auf menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und im Hinblick auf Ungerechtigkeit und Ausbeutung. Darum bedeutet die Befreiung aus der ägyptischen Sklaverei die grundlegende Erfahrung der Manifestation Gottes, der sich parteilich zeigt und anwaltschaftlich handelt, indem er das Volk Israel aus einer zutiefst menschenunwürdigen Arbeit und aus prekären Lebensverhältnissen befreit.

Dennoch bestimmt die Frage nach Essen, Trinken und Kleidung in der gesamten biblischen Zeit, spätestens seit der Königszeit, die tagtägliche Sorge der

„Wo Erwerbsarbeit schlecht bezahlt wird oder geringes Ansehen genießt, werden auch die Menschen abgewertet, die diese Arbeit ausüben.“

Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, 2003

Bevölkerungsmehrheit („Unser tägliches Brot gib uns heute“).

Das betrifft Menschen, die bettelarm sind oder die sich, für einen Tagelohn, verdingt haben. Es gilt auch für arbeitende Menschen, die „säen, ernten und in die Scheunen sammeln“ und dennoch nicht genug zum Leben haben. Sie alle haben kein auskömmliches Einkommen.

Lohn war in biblischer Zeit das Normalarbeitsverhältnis für diejenigen, die nicht zu einer Sippe gehörten. Dabei sicherte eine langfristige Verdingung die persönliche und familiäre Situation bedeutend mehr als kurzfristige Tagelohnarbeit. Insbesondere in Erntezeiten wurde der saisonale hohe Arbeitsbedarf durch TagelohnarbeiterInnen gedeckt. Handwerklich arbeitende, Ammen und Textilarbeiterinnen verdingten sich mitunter über Werkverträge.

Einzelheiten daraus sind weniger bekannt, auch lassen sich nur wenige Angaben über die Lohnhöhe finden. Vielfach erfolgte die Entlohnung durch Naturalien oder Verpflegung. Nimmt man die wenigen Angaben über eine monetäre Entlohnung hinzu, so ergibt sich eine Entlohnung, die am unteren Ende des Existenzminimums lag, das heißt, von der Arbeit konnte man leben.

Die Maßgabe hierfür liegt vor allem in der Sozialgesetzgebung im 5. Buch Mose, die aus der prophetischen Sozialkritik während der Königszeit des 7. und 8. Jahrhunderts v. Chr. hervorging. Menschliche Arbeitskraft wurde in dieser Zeit auf extremste Weise ausgenutzt. Es entstand



Dementsprechend warnt Jeremia:
 „Wehe dem, der seinen Nächsten umsonst arbeiten lässt und gibt ihm seinen Lohn nicht (22,13). Recht und Gerechtigkeit üben, den Elenden und Armen zum Recht, heißt „mich erkennen“, spricht der Herr (22,16).

Dem entspricht im

die Schicht einer billigen und verarmten Arbeiterschaft (Amos 3,9f; 4,1; 6,1–7).

In Aufnahme des massiven prophetischen Einspruchs und des Einklagens der Gerechtigkeit hat das 5. Buch Mose (Deuteronomium = zweites Gesetz) eine deutlich sozialpolitische Abzweckung und reflektiert das Verhältnis von göttlichem Segen, menschlicher Arbeit und sozialem Verhalten (5. Mose 15,1–11).

So heißt es im Anschluss an die Regelung des Zehnten, der Steuergesetzgebung, mit der zugleich eine Lebensgrundlage für die Unterprivilegierten geschaffen wird:

Sie sollen kommen und sich „sättigen, auf dass dich der Herr, dein Gott, segne in allen Werken deiner Hand, die du tust“ (5. Mose 14,29). Nach diesem Verständnis sollte sich die Segnung der Arbeit und ihres Erfolgs darin erweisen, dass der Mehrwert denen zugute kommt, die weniger haben. In diesem Sinne sollen auch jene materiell abgesichert werden, die über Schuldklaverei in ein abhängiges, unentgeltliches Arbeitsverhältnis geraten und bei ihrer Entlassung ein Überbrückungsgeld erhalten.

Auch für den Tagelöhner wird ein existenzsichernder Mindestlohn und eine pünktliche Auszahlung festgelegt (3. Mose 19,13; 5. Mose 24,14f; vgl. Mt 20,1–16). Die Sozialgesetzgebung zielte darauf, dass die Arbeitenden das von ihnen Produzierte essen können, woran zugleich diejenigen partizipieren sollten, denen ein eigenes Produzieren nicht möglich war.

Neuen Testament, also in hellenistisch-römischer Zeit, die Vorstellung, dass Gott den Menschen Lohn gibt für ihre Taten. Dabei wird sowohl in der bildlichen wie in der religiösen Verwendung des Wortes auf den realen, also materiellen Erfahrungszusammenhang einer allgegenwärtigen Geldwirtschaft Bezug genommen.

Zur Zeit Jesu ist die Gesellschaft von einer sich weiter verschärfenden Verarmung und Verelendung gekennzeichnet. Die meisten arbeitenden Menschen waren in der Landwirtschaft beschäftigt, in der Regel in abhängigen Verhältnissen, als Sklaven, Tagelöhner oder Pächter. Die Gleichnisse geben hierfür einen bildhaften Einblick.

„Hungrig und nackt“ ist eine immer wiederkehrende Formulierung. Die Sorge um das „tägliche Brot“ war allgegenwärtig, für die große Zahl der Bettelarmen wie für die Tagelöhner. Die summarische Rede vom „geschundenen Volk“ unterstreicht die Beschreibung der sozialen und wirtschaftlichen Realität, sowohl bei denen, die Arbeit haben, als auch bei denen, die sich arbeitssuchend als Tagelöhner auf den Plätzen verdingten.

Der Grundsatz, dass jede Arbeit ihres Lohnes wert ist und jeder ein auskömmliches Einkommen benötigt, wird im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Matthäus 20,1–16) noch einmal untermauert und ist damit bis heute der biblisch-sozialethische Maßstab.

Mindestlohn!

Für ein Leben in Würde



Auf fast sieben Millionen Menschen ist in Deutschland die Zahl der Menschen gewachsen, die einen Niedriglohn beziehen. Wer mit einer solchen Entlohnung arbeitet, ist nicht automatisch arm, weil häufig andere Einkünfte in der Familie oder Partnerschaft für ein annehmbares Einkommen sorgen. Die rasante Ausbreitung der Niedriglöhne und der Wettbewerb um die niedrigsten Stundenlöhne müssen dennoch Sorgen bereiten. So liegt das Armutsrisiko der Empfänger von Niedriglöhnen weit über dem Durchschnitt der Erwerbstätigen und ist im letzten Jahrzehnt stark angestiegen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn legt ein Mindestentgelt für geleistete Arbeit fest. In den meisten Ländern gibt es Gesetze, mit denen eine unterste Lohnhöhe geregelt wird. In Deutschland fehlt ein solches Gesetz, weil branchenbezogene Entgelt-Tarifverträge untere Grenzen festlegen. Immer häufiger findet jedoch Tariffucht statt, immer mehr Bereiche werden von den geltenden Verträgen nicht mehr erfasst und die Grauzonen bei den Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland werden größer.

Bei hoher Arbeitslosigkeit hat sich dadurch der Druck auf die Erwerbslosen erhöht, fast jede Arbeit, auch bei schlechter Bezahlung, anzunehmen. Durch die wachsenden Niedriglohnbereiche geraten inzwischen alle Löhne und Gehälter unter Druck: Gute Bezahlungen von gestern sind heute schon gefährdet. Immer weniger Menschen sind darum in der Lage, für sich und ihre Familien genug zu verdienen für ein Leben in Würde. Zunehmend er-

weisen sich die wachsenden Niedriglohnzonen als Niedriglohnfallen.

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist in dieser Situation ein geeignetes Mittel, um die zunehmende Spaltung des Arbeitsmarkts aufzuhalten. Ein gesetzlicher Mindestlohn

- verhindert, dass Menschen zu Hungerlöhnen arbeiten müssen,
- schützt die Unternehmer, weil ruinöse Unterbietungswettläufe ein Ende haben,
- stärkt die Binnennachfrage, weil die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben,
- führt zu höheren Steuereinnahmen und
- stärkt die sozialen Sicherungssysteme.

Über gesetzliche Mindestlöhne wird heftig gestritten. Die Arbeitgeber behaupten, vier Millionen Arbeitsplätze würden durch die Einführung eines Mindestlohns gefährdet. In 18 von den 25 Ländern der Europäischen Union gibt es gesetzliche Mindestlöhne. In keinem europäischen Land ist die Arbeitslosigkeit aufgrund des Mindestlohns gestiegen. Und in Großbritannien loben, bei sinkender Arbeitslosenquote, die Unternehmerverbände einhellig den 1999 eingeführten gesetzlichen Mindestlohn.

Die christliche Sozialethik nimmt die Perspektive der Menschen ein, die im Schatten des Wohlstands leben. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist darum Ausdruck des Einsatzes für einen gerechten Ausgleich und für eine gerechte Teilhabe.

> siehe dazu: Grafiken auf Seite 7
Mindestlöhne in Europa

Armut in der Arbeit überwinden

Qualifizierungs- und Innovationsstrategie statt Ausbau des Niedriglohnsektors

Nur eine stärkere Lohnspreizung am unteren Ende und damit der Ausbau eines Niedriglohnsektors löst nach Auffassung namhafter, neoklassisch orientierter Ökonomen das Beschäftigungsproblem in Deutschland.

Diese Abwärtsstrategie, die aus einzelwirtschaftlicher Sicht vorrangig die Senkung der Arbeitskosten im Blick hat, lässt den gesamtwirtschaftlichen Kreislaufgesichtspunkt nahezu vollständig außer Acht. Die seit längerem lahrende Binnen- nachfrage erhält nicht die notwendigen Impulse und es kommt nicht zu der erforderlichen innovationsorientierten Dynamik, in deren Gefolge eine Zunahme der Beschäftigung zu erwarten ist.

Eine weitere Absenkung der Löhne und der Ausbau eines Niedriglohnsektors sind mit dem Trend zu einer Wissensgesellschaft in einer zunehmend globalisierten Welt schwer vereinbar. Im Gegenteil, die Benachteiligten am Arbeitsmarkt würden dadurch auch in der Zukunft kaum eine Chance erhalten, ihre Lebens- und Arbeitssituation zu verbessern. Schon jetzt arbeiten bereits 2,7 Mio. Vollzeitbeschäftigte zu Armutslöhnen.

Der sektorale, qualifikationsbezogene und demografische Wandel stellt die Volkswirtschaft der Bundesrepublik wie überhaupt alle Industriestaaten vor erhebliche Herausforderungen. Um diese Strukturwandlungen erfolgreich zu gestalten und zu bewältigen, kommt es vor allem darauf an, die Qualifikations- und Weiterbildungsanstrengungen zu forcieren,

denn Bildung ist der „Rohstoff“ der Wissensgesellschaft.

Ein Blick auf das Erwerbspersonenpotenzial der gering Qualifizierten, das überproportional im Niedriglohnbereich vertreten ist, zeigt, dass zwei Drittel jünger als 45 Jahre ist und dass über 85 % mindestens über einen Hauptschulabschluss verfügen. 20 % davon haben sogar Mittlere Reife oder Abitur. Hier besteht mithin ein großes bildungsfähiges Potenzial, das es zu fördern gilt. Mit dem SGB II und III stehen für diesen Personenkreis auch die finanziellen Fördermittel bereit.

Neben der Förderung von Bildung und Qualifizierung ist die Entlastung der Zielgruppe der gering Qualifizierten und Geringverdiener von den hohen Lohnnebenkosten vorzunehmen, damit die wettbewerbsschwächsten ArbeitnehmerInnen mehr Chancen auf Arbeitsplätze zu existenzsichernden Bedingungen erhalten. Analog dem Lohn- und Einkommenssteuerrecht sollte generell ein Grundfreibetrag und speziell für die unteren Einkommensklassen, bis 2.000 Euro Bruttoeinkommen monatlich, ein langsam progressiv gestaffelter Anstieg der Beiträge zur Sozialversicherung eingeführt werden.

Mit einer verstärkten Qualifizierungsstrategie und einer Entlastung von Lohnnebenkosten bei den gering Qualifizierten und Niedrigverdienern besteht die Möglichkeit, die Innovationskraft in der Volkswirtschaft zu stärken, die Produktivität zu steigern, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, mehr Binnennachfrage und Arbeitsplätze zu schaffen und damit insgesamt den Niedriglohnsektor einzudämmen statt auszubauen. So entstehen mehr existenzsichernde Arbeitsverhältnisse, „Armut in der Arbeit“ kann mehr und mehr überwunden werden.

Dr. Dieter Kleine, ehemaliger Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik im Sozialministerium Niedersachsen



Ökumenisches Teilen – Solidarischer Lohn

Armut trotz Arbeit – in der Kirche

Seit Anfang der 90er-Jahre arbeitet in der Evangelischen Landeskirche in Baden eine Initiativgruppe „Ökumenisches Teilen – Solidarischer Lohn“ an Fragen der weltweit ungleichen Verteilung und der Frage nach einer gerechten und solidarischen Gehaltsstruktur in der Kirche. Eine beachtliche Spreizung bei Löhnen und Gehältern gibt es auch bei der kirchlichen Besoldung. Um den Gedanken eines „solidarischen Lohns“ und die Frage einer Umverteilung innerhalb der Entlohnungen auf eine solidere Datenbasis zu stellen, hat die Initiative vor einigen Jahren dazu eine empirische Untersuchung angeregt, die zu interessanten Ergebnissen kommt.

Die Studie zeigt, dass sich bei den in der Kirche gezahlten Tarifen insbesondere für zwei Haushaltstypen ein hohes Armutsrisiko ergibt: Für allein Erziehende und für Paare mit Kindern, bei denen nur ein Partner ein Erwerbseinkommen hat. Es gibt also auch in der Kirche das Phänomen der „working poor“ (Armut trotz Arbeit).

In der Studie wird weiter versucht, die betroffenen Personengruppen in der badischen Landeskirche genauer zu identifizieren: „Insgesamt wird der Kreis der bei der Landeskirche und bei den Kirchengemeinden Beschäftigten, die auf potenzielle Armutsrisiken näher untersucht werden müssten, erkennbar: Es sind die 350 bis 400 (männlichen) Beschäftigten und die teilzeitbeschäftigten Frauen in den untersten vier Vergütungsgruppen – und damit mehr oder weniger alle Beschäftigten dieser Gruppen.“

Dabei konnte die wesentlich größere Gruppe von Betroffenen im Bereich des Diakonischen Werkes nicht berücksichtigt werden, weil die erforderlichen Daten hierfür nicht zur Verfügung standen.

Weiter werden in der Untersuchung die Grenzen und Möglichkeiten einer solidarischen Entlohnung in der Kirche beschrieben. Es wird durchgerechnet, die Gehälter der gehobenen Stufen beispiels-

„Ein Niedriglohnsektor darf kein Bereich werden, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine sich stets nach unten bewegende Lohnspirale ausgebeutet werden. In einem reichen Land wie Deutschland sollte es das Ziel sein, den Niedriglohnsektor so klein wie möglich zu halten.“

Gerechte Teilhabe, Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2006

weise um 5 % abzusenken und den Gewinn auf die unteren Lohngruppen zu verteilen. Das Ergebnis zeigt, dass eine solche Umverteilung leider ohne sozialen Nutzen wäre.

Die Initiativgruppe schlägt darum einen anderen Weg vor: Es sollte ein Ausgleichsfonds geschaffen werden, der durch freiwillige Beiträge der Besserverdienenden gespeist wird und der die Einkommen der „working poor“ so weit wie möglich in Richtung der Überschreitung der Armutsgrenze erhöht. Entsprechende Anträge an die Landessynode wurden formuliert mit dem Ziel, ein Modell für einen solchen Ausgleichsfonds in der Evangelischen Landeskirche in Baden zu entwickeln. Die Konkretisierung steht leider bis heute aus.

Im Herbst 2005 ist im Öffentlichen Dienst der Bundesangestelltentarif (BAT) durch ein neues Tarifwerk (TVÖD) abgelöst worden. Darauf haben die kirchlichen Arbeitgeber bisher unterschiedlich reagiert. Es kommt nun darauf an, dass die Kirchen Regelungen finden, durch die Armutsrisiken trotz Arbeit bei kirchlichen MitarbeiterInnen verhindert werden.

Literatur zum Thema

- **Geringere Löhne – mehr Beschäftigung?**
Niedriglohn-Politik,
Claus Schäfer (Hrsg.),
VSA-Verlag, Hamburg
- **Mindestlöhne in Europa**
Thorsten Schulten/Reinhard Bispinck/
Claus Schäfer (Hrsg.),
VSA-Verlag, Hamburg
- **Arm trotz Arbeit,
Kein Lohn unter 7,50 Euro**
ver.di – Bundesvorstand
- **Gesellschaft mit begrenzter Haftung
Zumutungen und Leiden im deut-
schen Alltag, Eine Sozialreportage**
Franz Schultheis/Kristina Schulz
(Hrsg.),
UVK-Verlagsgesellschaft, Konstanz
- **Kirche und Mindestlohndebatte
Argumente und
Hintergrundinformationen**
Stiftung Gute Arbeit,
www.stiftung-gute-arbeit.de
- **Arbeit poor – Unterwegs in der
Dienstleistungsgesellschaft**
Barbara Ehrenreich,
rororo, Hamburg
- **Schwarzbuch Hartz IV, Sozialer Angriff
und Widerstand – Eine Zwischenbilanz**
Agenturschluss (Hrsg.),
Assoziation A, Berlin
- **Beteiligungsgerechtigkeit, Bildung,
Arbeit, Niedriglohn**
Matthias Zeeb (Hrsg.),
LIT-Verlag
- **Prekäre Arbeitsgesellschaft**
Widerspruch Nr. 49, 25. Jg., Zürich
- **Leitfaden zum Arbeitslosengeld II,
Der Rechtsratgeber zum SGB II**
Arbeitslosenprojekt TuWas,
Fachhochschulverlag
- **Gerechte Teilhabe –
Befähigung zu Eigenverantwortung
und Solidarität**
Denkschrift des Rates der EKD
zur Armut in Deutschland,
Gütersloher Verlagshaus





Internetseiten zum Thema

www.iab.de

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
Hier insbesondere www.iab.de/aktuell:
Übersichtsseite zu den thematisch geordneten Themenschwerpunkten des Institutes. Siehe dort vor allem die Links „Informationsplattform des IAB“ und „Arbeitsmarktpolitik aktuell“. Hier finden sich beispielsweise ausführliche Dokumentationen zu den Themen Niedriglohn, Kombilohn und Mindestlohn mit Texten aus dem IAB, aber auch politische Stellungnahmen von Parteien und Verbänden und Forschungsberichte aus anderen Instituten.

<http://statistik.arbeitsagentur.de>

Arbeitsmarktstatistiken und Forschungspublikationen der Bundesagentur für Arbeit.

www.mindestlohn.de

Internetauftritt der **ver.di/NGG Kampagne** für einen Mindestlohn von 7,50 Euro.

www.boeckler.de

Internetauftritt der Hans Böckler Stiftung

- Menüpunkt „Tarifarchiv“: Umfangreiche Dokumentation zu den von den DGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen; Tarifpolitischer Monatsbericht, zahlreiche downloadbare Studien zu einzelnen Aspekten der Tarifpolitik.

- www.lohnspiegel.de: Online-Datenbank zu individuellen Lohn- und Gehaltsbedingungen.

- Menüpunkte „WSI“ und „IMK“: Wirtschaftsinstitut und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) und Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Regelmäßige Veröffentlichungen zu arbeitsmarktpolitischen Themen, die z. T. auch über die Website abrufbar sind.

www.iatge.de

Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen
Forscht auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik. Empfehlenswert ist der kostenlos per E-Mail verteilte IAT-Report:
<http://www.iatge.de/iat-report/index.html>

www.diw.de

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Über die Suchfunktion auf der Website Zugriff auf eine (ältere) Linkliste zum Thema Niedriglohn sowie zahlreiche Veröffentlichungen des DIW und anderer Institutionen.

www.ifo.de

ifo Institut, München
Über den Pfad Politikdebatte > ifo Spezialthemen > Niedriglohn lässt sich eine Übersicht der ifo-Veröffentlichungen zum Thema anstufen. Dort finden sich insbesondere auch die grundlegenden Texte der vom ifo Institut vorgeschlagenen „Aktivierenden Sozialhilfe“.

www.si-ekd.de

Sozialwissenschaftliches Institut der EKD

www.fairwork-verein.de/news.php

Interessenvertretung von Hochschulabsolvent/innen, Thema: unbezahlte Praktika und schlechte Arbeitsbedingungen nach dem Studium

www.tacheles-sozialhilfe.de

Reichhaltige Informationen zu den Themen Hartz IV und Ein-Euro-Jobs

www.erwerbslos.de

Homepage der Erwerbsloseninitiativen in Deutschland

www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik

Aktuelle sozialpolitische Dokumente der Bundesregierung und von arbeitnehmersnahen Organisationen



Im Auftrag des
KDA-Bundesvorstandes
erstellt von:

Gerda Egbers
Kirchlicher Dienst in der
Arbeitswelt, Hannover

Nina Golf
Kirchlicher Dienst in der
Arbeitswelt, Nürnberg

Angela Halberstadt
Bundesgeschäftsstelle des KDA,
Hannover

Martin Huhn
Industrie- und Sozialpfarrer,
Mannheim

Jens Junginger
Wirtschafts- und Sozialpfarrer,
Reutlingen

Esther Kuhn-Luz
Wirtschafts- und Sozialpfarrerin,
Stuttgart

Verantwortlich:

Sigrid Reihs
Bundvorsitzende Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt
Blumhardtstraße 2
30625 Hannover

Fotos:

www.wernerbachmeier.de
(Titelbild, S. 13, 25, 29, 30)
www.mindestlohn.de (S. 19)
www.photocase.de (S. 4, 8, 14, 17, 22)
KDA Hannover (S. 21, 23)
Ute Döring (S. 20)

Karikaturen:

Frankfurter Rundschau,
Thomas Plaßmann (S. 26, 27, 31)

Layout/Satz:

Giebeler Design, Schaafeheim

Druck:

Direktdruck, Darmstadt

Auflage: 8 000



Evangelische
Landeskirche
Anhalts



kda
Kirche + Arbeit



**BREMISCHE
EVANGELISCHE
KIRCHE**



Evangelische Arbeitsstelle
Bildung und Gesellschaft



Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung
der Evangelischen Kirche
in Hessen und Nassau



Kirche und Arbeitswelt
Amt für kirchliche Dienste
Evangelische Kirche
von Kurhessen-Waldeck



Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche
www.kda-nordelb.de

KDA



Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
Evangelische Kirche in Deutschland

KDA in Thüringen



Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt
Evangelische Kirche
in der Metropolregion Rhein-Neckar



Evangelische
Akademie
Bad Boll



2006

KDA

**Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt**
Arbeitsgemeinschaft
in der EKD

KDA Geschäftsstelle
Blumhardtstraße 2
30625 Hannover

Telefon: 0511 5301422

www.kda-ekd.de